

Gaza-Tragödie: 20 Tote bei Luftangriffen, Geiseldrama bleibt ungelöst!

Am 23. April 2025 eskalierten die Gewalt und Angriffe im Gazastreifen, während diplomatische Bemühungen um eine Waffenruhe fortgesetzt werden.

Gaza-Stadt, Palästinensische Autonomiebehörde - Am 23. April 2025 ereigneten sich im Gazastreifen mehrere tödliche Angriffe, ausgelöst durch den eskalierenden Konflikt zwischen Israel und der Hamas. Mindestens 20 Menschen, darunter zehn Kinder nach einem Angriff auf eine Schule in Gaza-Stadt, starben laut Berichten der **Wiener Zeitung**. Zudem wurden in den vergangenen Tagen verstärkt israelische Luftangriffe auf das Gebiet geflogen, was die Situation weiter verschärft.

In der Nacht wurden zudem in Gaza-Stadt das Kinderkrankenhaus Durra durch eine Rakete getroffen. Glücklicherweise gab es keine Todesopfer, jedoch wurden die Intensivstation und die Solaranlage erheblich beschädigt. Währenddessen wurde ein 12-jähriger Junge von der israelischen Armee getötet, die angab, er habe einen Sprengsatz auf Soldaten abgefeuert.

Raketentalarm und internationale Reaktionen

Auffällig war auch ein Raketenangriff aus dem Jemen, der Luftalarm in der nordisraelischen Stadt Haifa auslöste, jedoch vermutlich abgefangen werden konnte. Die Houthis, die sich zu den Angriffen bekannten, hatten ihre militärischen Aktivitäten

während einer Waffenruhe im Gaza-Krieg eingestellt. Gleichzeitig veröffentlichte die Hamas ein neues Geiselnvideo, während die israelischen Behörden 24 Geiseln und 35 Leichen im Gazastreifen vermuten.

In der politischen Arena fordert Palästinenserpräsident Mahmud Abbas die Hamas auf, ihre Geiseln freizulassen und sich in eine politische Partei umzuwandeln. Seit dem Zusammenbruch des Waffenstillstands am 18. März sind über 1.600 Einwohner des Gazastreifens ums Leben gekommen. Abbas kritisierte zudem, dass die Hamas mit ihrem Handeln das palästinensische Volk gefährdet.

Gespräche über eine mögliche Waffenruhe

Aktuell gibt es indirekte Gespräche über eine Waffenruhe, die von Ägypten und Katar vermittelt werden. Die Hamas hat jedoch einen von Israel vorgeschlagenen Waffenruhe-Plan abgelehnt, da dieser eine Entwaffnung der Miliz zur Bedingung hatte. Der israelische Verteidigungsminister Israel Katz machte deutlich, dass die israelische Armee nicht vorhabe, die Sicherheitszonen im Gazastreifen zu räumen, die einen Drittel des Gebiets ausmachen. Die Hamas wiederum forderte einen vollständigen Abzug der israelischen Streitkräfte aus Gaza sowie Garantien für den Wiederaufbau.

Benjamin Netanjahu, Israels Premierminister, erklärte, dass seine Armee fortfahren werde, bis alle Kriegsziele erreicht sind, einschließlich der Vernichtung der Hamas. In Israel wächst gleichzeitig der Druck auf Netanjahu, einer Waffenruhe zuzustimmen, um die Rückkehr der Geiseln zu sichern. Politische Partner im Knesset lehnen jedoch Änderungen im Konfliktkurs ab, was die politische Lage weiter verkompliziert.

Gesellschaftliche Spannungen und der Druck auf Hamas

Berichten zufolge ist die Hamas unter Druck, ihre Macht an eine andere palästinensische Organisation zu übergeben. Eine solche Übergabe könnte an die Palästinensische Autonomiebehörde oder eine neu zu schaffende Institution erfolgen. Die Strategie würde eine Einigung auf nationaler und regionaler Ebene erfordern. Dabei hat Netanjahu die Palästinensische Autonomiebehörde von einer künftigen Rolle in Gaza ausgeschlossen.

Die Situation im Gazastreifen ist angespannt. In mehreren Städten protestieren die Menschen, fordern eine Waffenruhe und machen die Hamas für die anhaltende Gewalt verantwortlich. Die vollständige Grenzblockade durch Israel verschärft zudem die humanitäre Krisensituation, da Nahrungsmittel, Wasser und Medikamente fehlen. Organisationen wie die Vereinten Nationen warnen vor einer drohenden humanitären Katastrophe und appellieren an alle Beteiligten zu einem sofortigen Umdenken.

Aktuelle Einschätzungen zeigen, dass die Herausforderungen im Gaza-Konflikt weiterhin schwerwiegend sind, und ein nachhaltiger Frieden scheint in weiter Ferne. Während die Hamas und Israel in ihren Positionen verharren, bleibt die humanitäre Lage für die Zivilbevölkerung zunehmend prekär.

Details	
Ort	Gaza-Stadt, Palästinensische Autonomiebehörde
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• www.zdf.de• www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at